

■ Duelle zwischen Toten kann es eigentlich nicht geben, und doch finden sie bisweilen statt. In Berlin kreuzten beispielsweise nach der Jahrtausendwende noch einmal zwei verstorbene Heroen der alten Bundesrepublik die Klingen: der Studentenführer Rudi Dutschke und der Medienzar Axel Cäsar Springer. Arena dieses paradoxen Schauspiels war die Kochstraße im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit der Zentrale der Axel Springer AG, die in Rudi-Dutschke-Straße umbenannt werden sollte. Malte König zeichnet die mit harten Bandagen und überraschenden Mitteln geführte Auseinandersetzung nach, in der letztlich nichts anderes verhandelt wurde als der historische Ort von „1968“ in der deutschen Geschichte. ■

Malte König

„Geschichte ist machbar, Herr Nachbar!“

Die Umbenennung der Berliner Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße 2004 bis 2008

I. Einleitung

Straßennamen sind mehr als Orientierungshilfen. Zwar wird ihre darüber hinausgehende Bedeutung im alltäglichen Gebrauch selten reflektiert, doch markieren sie stets auch Erinnerungsorte und geben durch ihre Denkmalfunktion vor, was als erinnerungswürdig gilt und wie Geschichte von der Gesellschaft verstanden werden soll.¹ Eine Straßenumbenennung ist daher stets ein Eingriff in die Erinnerungskultur,² sei es aufgrund des alten Namens, der aus dem Stadtbild verschwindet, sei es aufgrund des neuen Namens, der wortwörtlich aufs Schild gehoben wird. Anders als im Falle einer Erstbenennung werden althergebrachte Wertvorstellungen, Interpretationen und Gewohnheiten öffentlich in Frage gestellt, sodass der Widerstand unweigerlich größer ausfällt.

¹ Vgl. Matthias Frese, Straßennamen als Instrument der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Fragestellungen und Diskussionspunkte, S. 9-19, hier S. 9, und Hans-Ulrich Thamer, Straßennamen in der öffentlichen Diskussion. Der Fall Hindenburg, S. 251-264, hier S. 251. Beide Aufsätze befinden sich in: Matthias Frese (Hrsg.), *Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*, Münster 2012. Weiterführend vgl. Astrid Erll, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*, Stuttgart 2011; Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006, und Christoph Cornelißen, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54 (2003), S. 548-563.

² Vgl. Rainer Pöppinghege, Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Straßennamen, in: Frese (Hrsg.), *Fragwürdige Ehrungen*, S. 21-40, hier S. 34-38; ders., Straßennamen, in: Ebenda, S. 11, und Ingrid Kühn, *Umkodierung öffentlicher Erinnerungskultur am Beispiel von Straßennamen in den neuen Bundesländern*, in: Jürgen Eichhoff/Wilfried Seibicke/Michael Wolffsohn (Hrsg.), *Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung*, Mannheim 2001, S. 303-317.

Aktuell haben sich derartige Debatten an Versuchen entzündet, Hindenburgstraßen und -plätze umzubenennen. Im Licht der neueren historischen Forschung³ erscheint der einstige Reichspräsident und mutmaßliche Kriegsheld zunehmend als zweifelhafter Charakter: In der „Schlacht von Tannenberg“ war Paul von Hindenburg eher als „Meister der medialen Selbstinszenierung“⁴ aufgefallen denn als genialer Strategie. Das politische Klima der Weimarer Republik vergiftete er frühzeitig durch die Propagierung der „Dolchstoßlegende“. Als Reichspräsident war er durch Notverordnungen und die wiederholte Auflösung des Reichstags aktiv an der Aushöhlung der Verfassungsordnung beteiligt und ebnete durch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler dem nationalsozialistischen Regime den Weg.

Je stärker diese Erkenntnisse rezipiert wurden, desto mehr nahm das öffentliche Interesse an einer Umbenennung entsprechender Straßen und Plätze zu. Zwischen 2005 und 2016 gab es Initiativen in den Stadträten von Darmstadt, Pöcking, Münster, Garmisch-Partenkirchen, Bad Homburg, Solingen, Mainz, Bad Tölz, Coburg und Feldkirchen. Umbenennungen erfolgten jedoch lediglich in Solingen und Münster,⁵ denn überall fanden sich auch Verteidiger des alten Namens: Hindenburg sei ein Teil deutscher Geschichte, hieß es; manchem galt er als letztes Bollwerk gegen Hitler.⁶ Kurz, die Frage der Umbenennung erwies sich als ebenso umstritten wie Hindenburg selbst, was eigenartige Folgen nach sich zog. In Pöcking und Bad Tölz distanzieren sich die Gemeinden zwar von der Ehrenbürgerwürde, die sie dem damaligen Reichspräsidenten 1926 und 1933 verliehen hatten.⁷ Zu einer Umbenennung der ihm gewidmeten Straßen kam es jedoch nicht; stattdessen wurden erläuternde Hinweistafeln errichtet.⁸ Während in Bad Homburg, Coburg und Feldkirchen die entsprechenden Anträge von den Gemeinderäten abgewiesen wurden,⁹ fasste man im Rathaus von Garmisch-Partenkirchen 2013 einen zustimmenden Beschluss – der aber wenige Tage darauf durch

³ Vgl. Wolfram Pyta, Paul von Hindenburg als charismatischer Führer der deutschen Nation, in: Frank Möller (Hrsg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2004, S. 109-147; Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007; Jesko von Hoegen, *Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos*, Köln/Weimar/Wien 2007; Anna von der Goltz, *Hindenburg. Power, Myth, and the Rise of the Nazis*, Oxford/New York 2009, und dies., *Die Macht des Hindenburg-Mythos. Politik, Propaganda und Popularität im Ersten Weltkrieg*, in: Vittoria Borsò/Christiane Liermann/Patrick Merziger (Hrsg.), *Die Macht des Populären. Politik und populäre Kultur im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010, S. 31-56.

⁴ Pyta, Paul von Hindenburg, in: Möller (Hrsg.), *Charismatische Führer*, S. 126.

⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAZ) vom 9.9.2012: „Alte Heimat Hindenburg“.

⁶ Vgl. ebenda, und Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 20.4.2013: „Heikles Erbe“.

⁷ Vgl. SZ-Regionalausgabe Wolfratshausen vom 27.6.2013: „Hindenburg-Debatte. Gerade noch geschafft“, und SZ-Regionalausgabe Starnberg vom 25.1.2014: „Umstrittene Ehrenbürger“.

⁸ Vgl. SZ-Regionalausgabe Wolfratshausen vom 24.9.2014: „Elf Stelen sollen aufklären“, und SZ-Regionalausgabe Starnberg vom 28.9.2015: „Hinweise zu Hindenburg“.

⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 15.10.2016: „Hitlers Steigbügelhalter“, SZ vom 20.4.2013: „Heikles Erbe“, und SZ-Regionalausgabe München-Nord vom 12.11.2012: „Hindenburg bleibt“.

einen Bürgerentscheid aufgehoben wurde.¹⁰ Die Initiative des Darmstädter Magistrats brachten die Anlieger der betroffenen Straße zu Fall.¹¹ Und in Mainz kursierte 2011 gar eine gefälschte Ankündigung des Oberbürgermeisters, die Hindenburgstraße komplett umzubenennen, nachdem zuvor lediglich der Platz vor der neu erbauten Synagoge einen anderen Namen erhalten hatte.¹²

Straßenumbenennungen stellen ein Politikum dar. Unweigerlich heben sie unterschwellige Kontroversen ans Licht, unweigerlich spiegeln sie die Machtverhältnisse wider, da im Regelfall die dominierenden Gruppen festlegen, wie Vergangenheit erinnert werden soll. Gerade in der Debatte um Straßenumbenennungen wird deutlich, dass in vielerlei Hinsicht „Geschichte gemacht“ wird und dass das Geschichtsverständnis einer Gesellschaft Konjunkturen unterliegt. Das unauffällige, aber allgegenwärtige Straßenschild kann daher für Historiker ein Ausgangspunkt sein, von dem aus Auseinandersetzungen um Deutungshoheiten entdeckt und analysiert werden können. Als Beispiel soll im Folgenden ein Fall dienen, in dem nicht der getilgte Name, sondern der neu zu etablierende im Zentrum der Kontroverse stand: die Umbenennung der Berliner Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße.

II. Die Initiative – eine Provokation

Um den Hintergrund und die Tragweite der anvisierten Namensänderung zu erfassen, ist es sinnvoll, den Blick zunächst auf den Initiator der Umbenennung zu richten sowie auf den Anlass und Zweck der Aktion: Wer wollte den neuen Straßennamen und welche Ziele waren damit verbunden? Beantragt wurde die Umbenennung von der linksalternativen Tageszeitung *taz*, deren Verlagshaus seit 1989 in der Kochstraße angesiedelt ist.¹³ Am 17. Dezember 2004 – eine Woche vor dem 25. Todestag Rudi Dutschkes – schlug die Redaktion dem Bezirksamt in einem offenen Brief vor, die ehemalige Leitfigur der deutschen Studentenbewegung durch die Straßenumbenennung zu würdigen.¹⁴

Dutschke war in den 1960er Jahren der führende Kopf der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gewesen. Nachdem der Polizist Karl-Heinz Kurras am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte,¹⁵ verschärfte sich die Kri-

¹⁰ Vgl. SZ vom 20.4.2013: „Heikles Erbe“, und SZ-Regionalausgabe München-City vom 22.4.2013: „Hindenburgstraße behält ihren Namen“.

¹¹ Vgl. FAZ vom 6.3.2007: „Klare Mehrheit für Hindenburg“.

¹² Vgl. FAZ vom 24.2.2011: „Gefälschter Beutel-Brief über Hindenburgstraße“.

¹³ Vgl. Jörg Magenau, Die *taz*. Eine Zeitung als Lebensform, München 2007, S. 177.

¹⁴ Vgl. *taz* vom 17.12.2004: „Dutschke zurück auf die Straße!“, vom 17.12.2004: „Der *taz*-Antrag auf Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße“ und vom 13.1.2007: „Rudi-Dutschke-Straße. Chronologie des Straßenkampfes“.

¹⁵ Zum Zäsurcharakter dieses Ereignisses vgl. auch Marion G. Müller, Der Tod des Benno Ohnesorg. Ein Foto als Initialzündung einer politischen Bewegung, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 338-345. Im Sommer 2009 wurde bekannt, dass der Polizist Kurras für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR gearbeitet hatte. Vor diesem Hintergrund erfuhren der Schuss und seine Bedeutung

tik am gesellschaftlichen und politischen System der Bundesrepublik. Forderungen nach umfassenden Reformen oder gar einer Revolution wurden lauter. „Die materiellen Voraussetzungen für die Machbarkeit unserer Geschichte [seien] gegeben“, verkündete Dutschke eine Woche nach Ohnesorgs Tod und forderte die Zuhörer auf, sich ihrer Möglichkeiten bewusst zu werden, Einfluss auf die politische und soziale Entwicklung zu nehmen.¹⁶ Dutschke avancierte zum prominentesten Wortführer dieser systemkritischen Bewegung und wurde dadurch für die einen zum Hoffnungsträger, für die anderen zur Hassfigur.¹⁷ Am 11. April 1968 eskalierten diese Emotionen, als Dutschke auf offener Straße von einem jungen Hilfsarbeiter niedergeschossen wurde: Da in den vorausgegangenen Wochen Zeitungen des Springer-Konzerns wie *Bild*, *B.Z.* oder *Berliner Morgenpost* die Stimmung gegen Dutschke und die Studenten angeheizt hatten, kam es in der Nacht zu heftigen Ausschreitungen vor dem Springer-Hochhaus. Studenten versammelten sich vor der Konzernzentrale und skandierten Slogans wie „Bild hat mitgeschossen!“; Lieferwagen wurden umgeworfen, Steine flogen, am Ende brannte ein Teil des Fuhrparks.¹⁸

Der Vorschlag der *taz*-Redaktion, die ihren Redaktionssitz schon 1993 in „Rudi-Dutschke-Haus“ umbenannt hatte, war in zweierlei Hinsicht eine Provokation: Zum einen schieden sich an Rudi Dutschke die Geister, zum anderen handelte es sich bei der Kochstraße nicht um irgendeine beliebige Straße. Ein Blick in den Stadtplan zeigt weshalb: An der Straße lag nicht nur die Redaktion der *taz*, sondern auch die Axel Springer AG. Tatsächlich würde – im Falle einer Umbenennung – der Großteil ihrer Gebäude die Anschrift „Rudi-Dutschke-Straße“ tragen. Vor dem Hauptsitz – also genau dort, wo im April 1968 die Studentenschaft gegen die Macht des Konzerns protestiert hatte – käme es zudem zu einer Kreuzung, auf der die Rudi-Dutschke- auf die Axel-Springer-Straße treffen würde – auf die Straße, die 1996 nach dem Verlagsgründer benannt worden war. Nicht zufällig zogen

für die Entstehung der 68er-Bewegung eine Neubewertung; vgl. Helmut Müller-Enbergs/Cornelia Jabs, Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 395-400; Armin Fuhrer, Wer erschoss Benno Ohnesorg? Der Fall Kurras und die Stasi, Berlin 2009; Sven Felix Kellerhoff, Die Stasi und der Westen. Der Kurras-Komplex, Hamburg 2010, und Marc Tschernitschek, Der Todesschütze Benno Ohnesorgs. Karl-Heinz Kurras, die Westberliner Polizei und die Stasi, Marburg 2013.

¹⁶ Rudi Dutschke, Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt! (Redebeitrag, 9.6.1967), in: Ders., Geschichte ist machbar. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens, hrsg. von Jürgen Miermeister, Berlin 1980, S. 76-81, hier S. 76.

¹⁷ Vgl. Michaela Karl, Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt a. M. 2003, S. 194-211, und Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, aktualisierte und um ein Postskriptum erweiterte Neuauflage, München 2017, S. 112-130.

¹⁸ Vgl. Dae Sung Jung, Der Kampf gegen das Presse-Imperium. Die Anti-Springer-Kampagne der 68er-Bewegung, Bielefeld 2016, S. 245-247; Wolfgang Kraushaar, Kleinkrieg gegen einen Großverleger. Von der Anti-Springer-Kampagne der APO zu den Brand- und Bombenanschlägen der RAF, in: Ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 1075-1116, hier S. 1088-1090, und Christopher Görlich, Die 68er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse, Berlin 2002, S. 337-343.

die Kollegen von der *Süddeutsche Zeitung* (SZ) in einem Kommentar respektvoll ihren Hut: Die *taz*-Redaktion habe ein feines Gespür für Revanche.¹⁹

Urheber der Aktion war also die *taz*, das heißt eine Zeitung, die sich in der Nachfolge der antiautoritären Bewegung sah, die den Grünen nahestand, die sich als Gegenspieler der *Bild*-Zeitung verstand, die intern auf Hierarchien verzichten wollte und jahrelang Basisdemokratie praktiziert hatte, ehe sie sich 1988 widerwillig zur Ernennung einer Redaktionsleitung durchrang.²⁰ Politisch aufgegriffen wurde der Antrag von der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die nach dem Untergang der DDR aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangen war.²¹ Dies mag den Eindruck erwecken, als habe sich eine kleine, einflusslose Partei des Antrags angenommen – eine Partei, die 1998 mit einem Stimmenanteil von 5,1 Prozent knapp den Einzug in den Bundestag geschafft hatte²² und dort ab 2002 nur noch mit zwei Direktmandaten repräsentiert war.²³ Doch die Situation in Berlin entsprach nicht den gesamtdeutschen Verhältnissen, insbesondere in einigen Bezirken:

*Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin – 2001/2006,
Wahlergebnisse in Prozent²⁴*

	21.10.2001	17.9.2006
CDU	13,1	8,8
SPD	26,1	25,6
PDS, ab 2005: Die Linke	29,1	16,5
Bündnis 90/Die Grünen	22,5	33,0
FDP	4,4	3,8

Seit Oktober 2001 bildete die PDS – mit einem Stimmanteil von 29,1 Prozent – die stärkste Fraktion im Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg²⁵ und stellte die Bezirks-

¹⁹ Vgl. SZ vom 23.12.2004: „In Dutschkes Namen“. Zur genauen Lage vgl. die Karte auf S. 486.

²⁰ Vgl. Magenau, *taz*, S. 172 f., S. 22-24 und S. 64.

²¹ Vgl. *taz* vom 21.12.2004: „Dutschke-Straße ist auf dem Weg“, und Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei*, Bonn 2009.

²² Vgl. Knut Bergmann, *Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis*, Wiesbaden 2002, S. 332.

²³ Vgl. Eckhard Jesse, *Zwei Parteiensysteme? Parteien und Parteiensysteme in den alten und neuen Ländern vor und nach der Bundestagswahl 2002*, in: Ders., *Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, München 2003, S. 15-35, hier S. 19 und S. 23.

²⁴ Zusammengefasst nach: Heinz Ahlbrecht/Sven Hollenberg/Gisela Kröger, *Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen*, in: *Berliner Statistik. Statistische Monatshefte* 60 (2006), S. 483-489, hier S. 484, und Heinz Ahlbrecht/Peter Lohauß, *Die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 21. Oktober 2001*, in: *Berliner Statistik. Statistische Monatshefte* 55 (2001), S. 501-507, hier S. 502.

²⁵ Vgl. Ahlbrecht/Hollenberg/Kröger, *Wahlen*, S. 484.

Bürgermeisterin. Wenn sich die PDS der *taz*-Initiative annahm und diese in einen offiziellen Antrag umwandelte,²⁶ war dies daher nicht nur in der Theorie relevant, sondern konnte unmittelbare Folgen in der Praxis nach sich ziehen. Und da die Vertreter der Sozialdemokratie und der Grünen zudem wohlwollendes Interesse signalisierten, entstand kurze Zeit der Eindruck, als könne der Antrag tatsächlich innerhalb einer Woche bewilligt werden – rechtzeitig zu Dutschkes 25. Todestag.

III. Gewaltbereitschaft und Demokratieverständnis: Dutschke, Studentenbewegung, Terrorismus

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ließ sich auf dieses Tempo aber nicht ein und vertagte am 22. Dezember 2004 die Entscheidung, was zur Folge hatte, dass die öffentliche Debatte Fahrt aufnehmen konnte. Da die Angelegenheit Ende Februar dann auch noch an verschiedene Ausschüsse überwiesen wurde und somit über Monate in der parlamentarischen Maschinerie verschwand,²⁷ wuchs der Spielraum für die Medien und alle, die sich äußern wollten. Erst im August 2005 sollte die BVV zu einem Entschluss finden.

Ins Schussfeld der Kritik geriet in dieser Phase zunächst der Urheber des Antrags: die *taz*. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) bezeichnete deren Vorschlag als einen „PR-Gag“, mit dem die Zeitung bloß auf sich aufmerksam machen wolle. Das „Rudi-Dutschke-Haus“ solle in Zukunft in einer Straße gleichen Namens liegen.²⁸ Viele *taz*-Leser sahen das ähnlich und fragten konsterniert, ob die Zeitung eine „Identitätskrise“ habe,²⁹ ob es wirklich notwendig sei, „einen neuen Personenkult“ zu fördern.³⁰ Die FAZ vermerkte nach anderthalb Wochen eine gewisse „Ratlosigkeit der Leserbrief“, die *taz*-Initiative stoße bei der eigenen Klientel auf Verwunderung.³¹ Noch deutlicher reagierten die Leser anderer Berliner Zeitungen: Bereits am 29. Dezember 2004 konstatierte der *Tagesspiegel*, der seine Leserschaft zur Abstimmung aufgerufen hatte, dass 81 Prozent der Teilnehmer gegen die Umbenennung votiert hätten, wobei die Redaktion auf eine „sehr hohe Beteiligung“ verwies.³² Unwille rief wohl vor allem hervor, dass die Initiative von der *taz* ausging und ihr somit ein gewisser Geruch anhaftete. Auch die Bezirksvertreter von FDP und CDU schossen sich im Februar 2005 auf das alternative Blatt

²⁶ Bezirksverordnetenversammlung-Protokoll (BVV), Drs. Nr. DS/1429/II, Dringlichkeitsantrag der PDS vom 21.12.2004, vorgebracht von Katja Jösting, Knut Mildner-Spindler und Lothar Schübler. Bei allen Angaben von BVV-Protokollen handelt es sich um Kopien des Originalbestands, die im Besitz des Autors sind.

²⁷ BVV-Protokoll vom 17.2.2005, Drs. Nr. DS/1429/II. Der PDS-Antrag wurde an folgende Ausschüsse des Bezirks überwiesen: Kultur und Bildung; Umwelt und Verkehr; Arbeit, Wirtschaft, Bürgerdienste und Grundvermögen; Personal, Haushalt und Investitionen.

²⁸ FASZ vom 2.1.2005: „Straßenschild ist machbar, Herr Nachbar!“, und FAZ vom 15.1.2005: „Berlin hat's gern doppelt“.

²⁹ *taz* vom 4.1.2005: „taz-Leserbrief: Rudi Dutschke Superstar!?“ und vom 5.1.2005: „taz-Leserbriefe: Revolutionäre leben gefährlich“.

³⁰ *taz* vom 8.1.2005 (Magazin): „taz-Leserbriefe: Wie wär's mit einem Rudi-Dutschke-Airport“.

³¹ FAZ vom 15.1.2005: „Berlin hat's gerne doppelt“.

³² *Tagesspiegel* vom 29.12.2004: „Kochstraße. Jetzt schalten sich Dutschkes Söhne ein“.

ein: Es handle sich um eine Werbekampagne der *taz*, die dergleichen auch benötige, weil sie ständig mit der drohenden Insolvenz zu kämpfen habe. Unverständlich sei, wieso sich die PDS vor den Karren dieser PR-Aktion spannen lasse.³³

Ganz so leicht ließ sich der Vorschlag aber nicht abtun, denn die Kampagne der *taz* entwickelte eine Eigendynamik, die der Person Dutschkes geschuldet war. Zunehmend meldeten sich Unterstützer zu Wort, die ebenfalls der Ansicht waren, Rudi Dutschke sei ein Symbol für Gegenöffentlichkeit und Meinungsfreiheit. Prominente Vertreter der Grünen wie die Bundesvorsitzende Claudia Roth und Umweltminister Jürgen Trittin, aber auch der sozialdemokratische Bildungssenator Klaus Böger oder Adolf Muschg, Präsident der Akademie der Künste, meinten einhellig, dass Dutschke die Straße durchaus verdiene.³⁴ Der Fokus der Kritik verschob sich daraufhin zwangsläufig von der *taz* auf Dutschke – ein Vorgang, der die Debatte auf eine neue Ebene führte. Insbesondere Vertreter der CDU stellten nämlich in Abrede, dass Dutschke eine solche Ehre verdiene. Schließlich habe dieser „zur Radikalisierung der Studentenschaft beigetragen und das parlamentarische System als unbrauchbar abgelehnt“, so etwa der Berliner Geschäftsführer der CDU-Fraktion Frank Henkel.³⁵

Ab Januar 2005 hinterfragte die Presse daraufhin Dutschkes Haltung zu Demokratie und Gewalt. Im Berliner *Tagesspiegel* kam der Politikwissenschaftler Gerd Langguth zu dem Schluss, dass Dutschke „kein Demokrat“ gewesen sei und „frühzeitig gewalttätige Aktionen befürwortet“ habe. Er habe sich für eine „Propaganda der Tat“ ausgesprochen, das heißt konkret Sabotageakte ins Auge gefasst, die sich gegen Transport und Telekommunikation, gegen Häfen und Eisenbahn richten könnten, sollte es eines Tags zum bewaffneten Kampf gegen das „System“ kommen. Mit der Umbenennung der Straße würde man „der Gewaltphilosophie Dutschkes ein Denkmal setzen“.³⁶ In der *SZ* nannte der Journalist Gustav Seibt Dutschke einen „armen politischen Wirrkopf“, ja einen „verbohrten Feind der parlamentarischen Demokratie“ und bezeichnete die *taz*-Initiative als überflüssige „Ehrenfolklore“.³⁷ Mehrere Zeitungen besprachen den eben erschienenen Sammelband „Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF“,³⁸ in dem der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar die Gewaltbereitschaft des jungen Dutschke anhand veröffentlichter und bislang unbekannter Dokumente nachwies. Selbst die Journalisten der *taz* kamen nicht umhin, den nüchternen Tonfall der Studie

³³ BVV-Protokoll vom 17.2.2005, Drs. Nr. DS/1429/II, Kommentare von Gumbert Salonek (FDP) und Lars Meissner (CDU); vgl. *taz* vom 2.5.2005: „Dutschke-Straße“.

³⁴ Vgl. *FASZ* vom 2.1.2005: „Straßenschild ist machbar, Herr Nachbar!“, und *taz* vom 17.12.2004: „Rudi-Dutschke-Straße – Kochstraße“.

³⁵ *taz* vom 18.12.2004: „Bild‘ gegen Trittin. Streit um Dutschkestraße“, und *Tagesspiegel* vom 23.12.2004 „Straßenkampf um Rudi Dutschke“.

³⁶ *Tagesspiegel* vom 26.1.2005: „Rudi Dutschke stand für Gewalt“.

³⁷ *SZ*-Wochenende ROM1 vom 12.2.2005: „Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein“.

³⁸ Vgl. Wolfgang Kraushaar, Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: Ders./Jan Philipp Reemtsma/Karin Wieland, Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005, S. 13-50, und auch Karl, Rudi Dutschke, S. 126-133 sowie S. 253-260, die eine Vielzahl der Punkte schon 2003 erwähnte.

zu loben, Kraushaars wissenschaftlicher Ansatz besteche durch „Augenmaß und Sachlichkeit“.³⁹ Kaum ein Journalist unterließ es, in diesem Zusammenhang zu erzählen, wie Dutschke einst zusammen mit dem italienischen Verleger Giangiacomo Feltrinelli Sprengstoff im Kinderwagen seines Sohns transportiert hatte. In Anlehnung an den iranischen Publizisten Bahman Nirumand wusste Kraushaar zudem von einer weiteren Sprengstoff-Episode zu berichten, an der Dutschke beteiligt war und die nur aufgrund technischer Probleme nicht zu Ende geführt worden sei.⁴⁰ Ähnlich wie einige der späteren RAF-Aktivist⁴¹ habe Dutschke zwar zwischen „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“ unterschieden, aber einen Tyrannenmord wiederum als legitim bezeichnet, sodass die Grenzen verschwammen.⁴² Das Konzept der Stadtguerilla habe der Studentenfürer theoretisch vorbereitet wie propagiert und somit den Terroristen der Roten Armee Fraktion (RAF) den Weg bereitet – eine Schlussfolgerung, die fast alle Journalisten in ihren Artikeln aufgriffen.⁴³ Dass sich Dutschke im Laufe der 1970er Jahre zu einem politischen Gegner der RAF entwickelte und entschieden vom Terrorismus distanzierte, betonte lediglich die *taz*,⁴⁴ obwohl Kraushaar diesen Punkt ebenfalls herausgestellt hatte.⁴⁵

Die Ausweitung der Debatte verdeutlicht, dass es um mehr ging als um ein Straßenschild: Nicht die Werbeaktion der *taz*, nicht die Würdigung Dutschkes, sondern der historische Ort der Studentenbewegung war der zentrale Punkt – vor allem im Hinblick auf die geistigen Wurzeln der RAF. Der *Tagesspiegel* brachte die Befürchtungen der Gegner auf den Punkt, als er schrieb, dass sich die 68er-Bewegung mit diesem Straßenschild ein Denkmal setzen wolle.⁴⁶ Dass sich in diesem Zusammenhang ausgerechnet der Politikwissenschaftler Langguth zu Wort meldete, war beileibe kein Zufall – er war 1970 Bundesvorsitzender des „Ringes Christlich-Demokratischer Studenten“ gewesen und seit jeher ein scharfer Kritiker Dutschkes und der studentischen Revolte.⁴⁷

³⁹ *taz* vom 23.2.2005: „Nach den Projektionen“.

⁴⁰ Vgl. Kraushaar, Rudi Dutschke, in: Ders./Reemtsma/Wieland, Rudi Dutschke, S. 22-24. Zu den beiden Vorfällen vgl. auch Petra Terhoeven, *Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen*, München 2014, S. 105-108.

⁴¹ Vgl. Susanne Kailitz, *Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage*, Wiesbaden 2007, S. 161 f.

⁴² Kraushaar, Rudi Dutschke, in: Ders./Reemtsma/Wieland, Rudi Dutschke, S. 44 f.

⁴³ Vgl. FAZ vom 31.1.2005: „Geschichten von der RAF“; SZ-Wochenende ROM1 vom 12.2.2005: „Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein“; *taz* vom 23.2.2005: „Nach den Projektionen“, und SZ-Wochenende ROM3 vom 15.4.2006: „Im Straßenkampf“.

⁴⁴ Vgl. *taz* vom 23.2.2005: „Nach den Projektionen“.

⁴⁵ Vgl. Kraushaar, Rudi Dutschke, in: Ders./Reemtsma/Wieland, Rudi Dutschke, S. 46-48.

⁴⁶ Vgl. *Tagesspiegel* vom 16.1.2006: „Politik auf den Straßen. Die 68er setzen sich ihre eigenen Denkmäler“.

⁴⁷ Vgl. *Tagesspiegel* vom 14.2.2005: „Rudi Dutschkes Reformideen sind nach wie vor aktuell“; Gerd Langguth, *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, München 2001, und ders., *Die „68er“-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik. Motor, Katalysator oder Profiteur?*, in: Gerrit Dworok/Christoph Weißmann (Hrsg.), *1968 und die „68er“. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*, Wien u. a. 2013, S. 171-192.

Die Frage nach der Militanz der 68er und ihrer Konsequenzen stand seit Januar 2001 zur Diskussion. Angefacht worden war die Debatte durch Fotos und Filmsequenzen, die zeigten, wie der amtierende Außenminister Joschka Fischer als Aktivist der Frankfurter Spontiszene einen am Boden liegenden Polizisten attackierte.⁴⁸ Im gleichen Monat geriet auch Umweltminister Trittin in die Kritik, weil er sich nicht in der gewünschten Eindeutigkeit von dem sogenannten Mescalero-Nachruf distanziert hatte, einem Pamphlet, in dem ein anonymen Verfasser 1977 – unmittelbar nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback – Sympathien für die Tat und die RAF angedeutet, sich aber letztlich davon distanziert hatte.⁴⁹ Fischer wiederum wurde vorgeworfen, er habe die Terroristen sogar in seiner Wohngemeinschaft beherbergt.⁵⁰ Verschärfend wirkte, dass Fischer die politische Krise, in die er geriet, anfangs unterschätzte und seinen Gegnern zuarbeitete, als er in einem *Stern*-Interview „mit seiner Vergangenheit eher kokettierte, als daß er diese problematisierte“.⁵¹

Die Selbstgerechtigkeit, mit der Fischer seine frühere Militanz zunächst verteidigte, provozierte die Opposition und brachte den Außenminister in die unangenehme Lage, sich in einer Fragestunde des Deutschen Bundestags rechtfertigen zu müssen. Dort nutzte insbesondere die christdemokratische Opposition die Gelegenheit, um den Katalog an Vorwürfen erheblich zu erweitern: Fischer wurde nicht nur zur „Frankfurter Putztruppe“ und dem dokumentierten Gewaltausbruch befragt, sondern auch zu angeblichen Kontakten zu dem international tätigen Topterroristen Carlos. Der Außenminister sah sich der Unterstellung ausgesetzt, Waffentransporte unterstützt, Molotow-Cocktails geworfen und Sprengstoff in seiner Wohnung gelagert zu haben. Die Wortführer der Union saßen über Fischer regelrecht zu Gericht und bezeichneten selbst seine Entschuldigung gegenüber dem betroffenen Polizisten als heuchlerisch: Wenn Fischer über seine Vergangenheit spreche, klinge stets geheimer Stolz durch.⁵² Ein Politiker

⁴⁸ Vgl. SZ vom 4.1.2001: „Und dann hat man zurückgeschlagen“; vom 5.1.2001: „Zum Beispiel Joschka Fischer“ und „Rächerin mit Rechtsdrall“; vom 19.1.2001: „‚Falscher Weg‘. Was Joschka Fischer sagte“; FAZ vom 8.1.2001: „Ein kollektiver Sonderweg. Joschka Fischer und die Frankfurter Sponti-Szene“ und „Für diese Bilder wurde eine Million Mark verlangt – Die Fotoserie der F.A.Z.“; Markus Klein/Jürgen W. Falter, *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*, München 2003, S. 179-183 und S. 192-194; Matthias Geis/Bernd Ulrich, *Der Unvollendete. Das Leben des Joschka Fischer*, Berlin 2002, S. 59-65, und Wolfgang Kraushaar, *Fischer in Frankfurt. Karriere eines Außenseiters*, Hamburg 2001, S. 38-75.

⁴⁹ Vgl. SZ vom 23.1.2001: „Umweltminister mit seiner Studentenzeit konfrontiert. Nach Fischer nun Trittin unter Druck“; vom 24.1.2001: „Umweltminister unter Druck. Fragestunde im Bundestag behandelt Trittins Vergangenheit“, und Stefan Spiller, *Der Sympathisant als Staatsfeind. Die Mescalero-Affäre*, in: Kraushaar (Hrsg.), *RAF*, Bd. 2, S. 1227-1259. Als Urheber des Schreibens gab sich 2001 der Deutschlehrer Klaus Hülbrock zu erkennen.

⁵⁰ Vgl. SZ vom 22.1.2001: „‚Frau Schiller hat nicht in dieser WG gewohnt‘. Fischer streitet neue Vorwürfe ab“.

⁵¹ Klein/Falter, *Langer Weg*, S. 193. Vgl. auch das Interview mit Joschka Fischer in: *Der Stern* vom 14.1.2001, S. 28-33.

⁵² Vgl. Stenographischer Bericht der 142. Sitzung, des Deutschen Bundestags, 17.1.2001, S. 13891-13902, und Edgar Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005*,

mit weniger Rückhalt hätte diese Krise wohl kaum überstanden, sondern sein Amt verloren; dies wusste Fischer mithilfe der rot-grünen Mehrheit zu verhindern. Doch obwohl er sich während der Debatte mehrfach zu demokratischer Grundordnung und Gewaltfreiheit bekannte und auf den Wandel verwies, den er persönlich erfahren habe, waren es vor allem die Frankfurter Fotos und seine Worte „Ja, ich war militant“, die einer breiten Öffentlichkeit von der Auseinandersetzung in Erinnerung blieben.

Ohne Zweifel markierte die Kontroverse um Fischer und Trittin die Verschärfung eines Kulturkampfes, in dem die Rolle der Studentenbewegung innerhalb der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik zunehmend kritisch hinterfragt wurde. Seitdem die 68er-Generation 1998 die Regierung übernommen hatte, standen die politische Moral und Gesinnung ihrer Vertreter auf dem Prüfstand.⁵³ Konnten die Bürger diesen Frauen und Männern trauen, lautete die Frage, die ihre Gegner implizit stellten: Verfügte jemand mit dieser Vergangenheit über die notwendige moralische Integrität, um Deutschland regieren und nach außen vertreten zu dürfen? Die Zusammenhänge zwischen Gewalt, Terrorismus und den 68ern, die dabei zur Sprache kamen, waren auch Anfang 2005 noch hochaktuell; nicht zufällig stand eine Berliner Fotoausstellung zur RAF just in diesen Monaten in der Kritik.⁵⁴ Der Kulturkampf war weiterhin im Gange und somit auch Thema der Kulturschaffenden: Noch im Vorjahr hatten der Film „Die fetten Jahre sind vorbei“ und der Roman „Das bleiche Herz der Revolution“ große Aufmerksamkeit erfahren, da in ihnen die antiautoritäre Haltung der 68er einerseits nostalgisch verklärt, andererseits kritisch behandelt wurde.⁵⁵ Als Widerpart zu den omnipräsenten 68ern bildete sich in den Jahren der rot-grünen Regierung eine Bewegung der „Neuen Bürgerlichkeit“ heraus, die einen vermeintlichen Werteverlust in der Gesellschaft beklagte, der durch die 68er verursacht worden sei.⁵⁶ Im Januar 2007 fasste der Journalist Robert Misik diese Entwicklung wie folgt zusammen:

„Ob sinkende Geburtenraten, orientierungslose Jugendliche, schrankenloser Hedonismus, feministische Zerstörung der Mutterschaft, ob antriebslose Arbeitslose, Computerspiele, Konsumwahn, Werteverfall, Pisa-Katastrophe und Budgetdefizit – die 68er sind irgendwie an allem schuld. So jedenfalls ist der Sound, der aus der schrägen Phalanx dringt, die die seltsamsten Zeitgenossen vereint: Vom spießigen Verfassungsrichter Di Fabio bis zum krausen Spiegel-Matussek,

München 2013, S. 646-651.

⁵³ Vgl. ebenda, S. 652-654.

⁵⁴ Vgl. SZ-Wochenende ROM1 vom 12.2.2005: „Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein“, und Annette Vowinkel, Der Terror und die Bilder. Anmerkungen zum Verhältnis von Kunst und Geschichte anlässlich der Berliner RAF-Ausstellung, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 34 (2006), S. 309-329.

⁵⁵ Vgl. Die fetten Jahre sind vorbei, 2004, Regie: Hans Weingartner, und Sophie Dannenberg, Das bleiche Herz der Revolution, München 2004.

⁵⁶ Vgl. Albrecht von Lucke, 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin 2008, S. 43-76.

vom Maskulinismus-Professor Norbert Bolz (‚Die Helden der Familie‘) bis zum Fernsehprediger Peter Hahne, von ‚Tagesschau‘-Eva bis zu biederem Christdemokraten wie dem Politikprofessor Gerd Langguth (‚Rudi Dutschke stand für Gewalt‘). Die sind sich einig: Dass im Bus niemand mehr für Oma aufsteht, haben wir den 68ern zu verdanken.“⁵⁷

Vor diesem Hintergrund erst wird deutlich, dass es sich bei der Auseinandersetzung um die Rudi-Dutschke-Straße um eine Stellvertreterdebatte handelte – in vielerlei Hinsicht ging es eigentlich darum, wer sich die Deutungshoheit über die 68er-Bewegung sichern konnte.

IV. Instrumente des Widerstands: Frauenquote, Bürgerbegehren, Klagen

Die Mehrheiten in der BVV waren klar verteilt: SPD, PDS und Grüne würden aller Voraussicht nach für die Umbenennung stimmen. Daher waren die Gegner der Rudi-Dutschke-Straße gezwungen, andere Wege zu beschreiten, wollten sie den Straßennamen verhindern, zumal sich am 29. August 2005 ihre Befürchtung bewahrheitete: Die Mehrheit der Abgeordneten segnete das Projekt ab, der Antrag auf Umbenennung wurde bewilligt.⁵⁸ Welche Mittel wurden angesichts dieser Umstände eingesetzt, um Widerstand zu leisten, und wie sind diese zu bewerten?

Der politische Hauptgegner war die CDU, die im Bezirk mit nur 13,1 Prozent⁵⁹ allerdings äußerst schwach aufgestellt war, zumal ihr Stimmanteil 2006 auf 8,8 Prozent sank.⁶⁰ Die *taz* bezeichnete die Union daher wiederholt als „lokale Splitterpartei“. Im Wesentlichen beschritten die Christdemokraten drei Wege: Als erstes stellte die CDU den Dringlichkeitsantrag, dass das Berliner Straßengesetz von 1991 – nach dem bei der Namenswahl verstärkt Frauen berücksichtigt werden sollten – eingehalten werden müsse, „bis im Bezirk ein angemessener Proportion männlicher und weiblicher Straßennamen“ gegeben sei.⁶² Damit versuchte die Partei, eine Richtlinie zu nutzen, gegen die in der Vergangenheit vor allem sie selbst gekämpft hatte. Tatsächlich waren die Christdemokraten bis dahin nicht als Vorkämpfer der Gleichberechtigung aufgefallen; es handelte sich um einen taktischen Schachzug, der leicht zu durchschauen war. Der Vorstoß scheiterte rasch, da die meisten Vertreter der Grünen, von denen die Richtlinie ursprünglich

⁵⁷ *taz* vom 13.1.2007: „Lasst uns also uncool sein“.

⁵⁸ Vgl. Tagesspiegel vom 30.8.2005: „Rudi Dutschke bekommt eine Straße“.

⁵⁹ Vgl. Ahlbrecht/Lohauß, Wahlen, S. 502.

⁶⁰ Vgl. Ahlbrecht/Hollenberg/Kröger, Wahlen, S. 484.

⁶¹ *taz* vom 20.5.2006: „Fünftausend für Dutschke!“ Vgl. auch *taz* vom 17.2.2006: „Der Straßenkampf. Listen für Dutschke“; vom 6.5.2006: „Der Straßenkampf geht weiter“; vom 22.9.2006: „Dutschke-Strasse. Die Nachrichtenlage“; vom 1.11.2006: „Dutschke ist jetzt Koch“; vom 18.12.2006: „Dutschke ist jetzt im Kasten“, und SZ-Wochenende ROM3 vom 15.4.2006: „Im Straßenkampf“.

⁶² *taz* vom 28.1.2005: „Dutschke verwandelt die CDU“. Vgl. auch *taz* vom 8.3.2002: „Wegweisen der Weiblichkeit“, und FASZ vom 2.1.2005: „Straßenschild ist machbar, Herr Nachbar!“

stammte, im Falle Dutschkes bereit waren, eine Ausnahme zu akzeptieren.⁶³ Nicht allen fiel diese Entscheidung jedoch leicht; noch im Februar 2005 hatte die Bezirksabgeordnete Christine Hauser-Jabs darauf hingewiesen, dass sie trotz aller Sympathien nicht für Dutschke werde stimmen können, „auch wenn er in 300 Jahren [sobald in der Straßenbenennung Parität herrsche] der erste wäre, den ich mir wünschen würde“.⁶⁴ Obwohl das Kalkül der CDU auf der Hand lag, schien der Vorstoß zumindest teilweise seinen Zweck zu erfüllen, da er die Grünen in der Frage spaltete.

In einem zweiten Schritt wandten sich die Christdemokraten an den Berliner Senat und beantragten am 2. Dezember 2005, dass dieser die Entscheidung an sich ziehe. Dieser Versuch, die Debatte in ein anderes politisches Umfeld zu verlagern, scheiterte jedoch ebenfalls, da sich der Senat für nicht-zuständig erklärte. Die Benennung von Straßen sei eine Angelegenheit der Bezirksämter, hieß es in der offiziellen Stellungnahme.⁶⁵ Dass dies nicht zwangsläufig so sein musste, sondern auch anders gehandhabt werden konnte, belegt der Fall der Axel-Springer-Straße. Denn diese hatte ihren Namen am 10. April 1996 gegen den Willen des damaligen Kreuzberger Bezirksamts und Bezirksbürgermeisters erhalten. Nachdem die entsprechenden Anträge wiederholt abgelehnt worden waren, gelang es dem Springer-Verlag und der Witwe Friede Springer eine übergeordnete Instanz zu aktivieren: Der christdemokratische Verkehrssenator Herwig Haase griff ein und sorgte dafür, dass dem Bezirk das Verfahren entzogen wurde und der Senat die Entscheidung fällte.⁶⁶ Die Umbenennung erfolgte daraufhin über die Köpfe der BVV hinweg – ein Vorgehen, das folglich möglich war, sich 2005 aber nicht wiederholen ließ.

Der dritte Vorstoß der Kreuzberger CDU-Fraktion überraschte am meisten, da die Partei eine – für sie – ungewöhnliche Maßnahme ergriff: Die CDU startete ein Bürgerbegehren.⁶⁷ Ab Februar 2006 standen Mitglieder des Kreisverbands auf der Straße und sammelten Unterschriften, um einen Bürgerentscheid zu erzwingen. Der bereits vorliegende Beschluss, die Straße umzubenennen, konnte infolgedessen nicht umgesetzt werden; erst musste das Ergebnis der Unterschriftenkampagne abgewartet werden, dann – bei Erfolg – der Bürgerentscheid. Die CDU machte sich damit ein politisches Instrument zu eigen, das sie stets abgelehnt hatte. Denn die Etablierung von Bürgerentscheiden auf Bezirksebene ging ursprünglich auf eine Einigung der Berliner Regierungsparteien SPD und PDS in ihrem Koalitionsvertrag von 2001 zurück; der entsprechende Gesetzentwurf war 2004 zwar auch von den Grünen und den Liberalen unterstützt worden, nicht aber von der

⁶³ Zu den Bedenken der Grünen vgl. taz vom 22.12.2004: „Dutschkes Marsch durch die Institutionen“; vom 24.12.2004: „Der Straßenkampf“; vom 28.1.2005: „Dutschke verwandelt die CDU“ und vom 18.3.2005: „Licht für Rudi Dutschke“.

⁶⁴ BVV-Protokoll vom 17.2.2005, Drs. Nr. DS/1429/II; auch Protokoll vom 25.10.2005.

⁶⁵ Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Kurt Wansner (CDU), Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15/13040, 2.12.2005.

⁶⁶ Vgl. taz vom 22.12.2004: „Was Axel kann, können wir auch“.

⁶⁷ Vgl. taz vom 20.12.2005: „CDU begehrt auf“; Tagesspiegel vom 30.12.2005: „Widerstand per Autogramm“, und taz vom 11.1.2006: „Die CDU ist eine sehr pragmatische Partei“.

CDU.⁶⁸ Als sich nun ausgerechnet die Christdemokraten des neuen politischen Instruments bedienten, titelte die Zeitung *taz* spöttisch: „Die neue APO heißt jetzt CDU“.⁶⁹ Es sei „schon kurios“, kommentierte der PDS-Fraktionsvorsitzende Knut Mildner-Spindler, „dass die CDU im Bezirk jetzt das Mittel des Bürgerbegehrens entdeckt, obwohl die CDU auf Landesebene solche Bürgerbegehren generell ablehnt“.⁷⁰ Die Vertreter der Christdemokraten aber fochten diese Kritik nicht an, sie verwiesen in ihrer Begründung darauf, dass die Umbenennung „ohne jede Bürgerbeteiligung“ beschlossen worden sei; dies gelte es nachzuholen.⁷¹

Der private Hauptgegner der Umbenennung war die Axel Springer AG, die sich bis September 2005 mit Kommentaren zurückgehalten und auf Anfragen stets mit betonter Gelassenheit reagiert hatte.⁷² Als der Beschluss der BVV jedoch feststand, änderte sich das; der Konzern wurde aktiv: Erst berichteten die verlagszugehörigen Zeitungen wie etwa die *Berliner Morgenpost* verstärkt über verärgerte Anwohner, die mit der Umbenennung nicht einverstanden waren.⁷³ Dann ließ die Axel Springer AG den rechtlichen Hintergrund prüfen⁷⁴ und legte – gemeinsam mit anderen Anwohnern – Widerspruch gegen den Beschluss ein.⁷⁵ Als dieser Widerspruch im Februar 2006 zurückgewiesen wurde,⁷⁶ zog Springer vor Gericht. Am 8. April 2006 reichte eine Interessensgemeinschaft von Anwohnern – unter Führung der Axel Springer AG – Klage beim Verwaltungsgericht Berlin ein.⁷⁷

V. „Der Straßenkampf“

Als die Kreuzberger CDU am 15. Februar 2006 ihr Bürgerbegehren in Gang setzte, prägte die *taz*-Redaktion sogleich den Slogan „Der Straßenkampf“, der in den kommenden Monaten zahllose Artikel zieren sollte,⁷⁸ und begann ihrerseits Unterschriften zugunsten der Straßenumbenennung zu sammeln. Mit unverhohle-

⁶⁸ Vgl. Christian Posselt, Direkte Demokratie in Berlin, in: Andreas Kost (Hrsg.), Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 60-74, hier S. 63.

⁶⁹ Vgl. *taz* vom 22.12.2005: „Die neue APO heißt jetzt CDU“.

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ *Berliner Morgenpost* vom 3.1.2006: „Anwohner wehren sich. Bürgerbegehren gegen Deutsche-Straße“. Vgl. auch Tagesspiegel vom 4.1.2006: „CDU will mit Bürgerbegehren Dutschkes Ehrung verhindern“.

⁷² Vgl. *taz* vom 24.12.2004: „Der Straßenkampf“; *FASZ* vom 2.1.2005: „Straßenschild ist machbar, Herr Nachbar!“, *SZ* vom 31.8.2005: „Später Sieg. Eine Straße für Rudi Dutschke“, und *SZ*-Wochenende ROM3 vom 15.4.2006: „Im Straßenkampf“.

⁷³ Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 1.9.2005: „Dutschke-Straße. Geschäftsleute erwägen den Prozess“, und vom 3.1.2006: „Anwohner wehren sich“.

⁷⁴ Vgl. *taz* vom 14.11.2005: „Springer ist Dutschke-Straße doch nicht egal“.

⁷⁵ Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 4.1.2006: „Widerspruch gegen Teilumbenennung der Kochstraße eingelegt“, und *taz* vom 20.1.2006: „Springer geht auf die Barrikaden“.

⁷⁶ Vgl. Tagesspiegel vom 23.2.2006: „Keine Chance für Anwohnerprotest“, und *Berliner Morgenpost* vom 24.2.2006: „Dutschke-Straße. Widerspruch zurückgewiesen“.

⁷⁷ Vgl. *taz* vom 8.4.2006: „Der Straßenkampf“ und vom 13.1.2007: „Rudi-Dutschke-Straße“.

⁷⁸ Vgl. *taz* vom 24.12.2004; vom 15.2.2006; vom 18.2.2006; vom 23.2.2006; vom 3.3.2006; vom 15.3.2006; vom 8.4.2006; vom 22.4.2006; vom 6.5.2006; vom 22.8.2006 und vom 13.1.2007 (*taz* Spezial). Verwendet wurde der Begriff aber auch von anderen Zeitungen wie etwa: *Der*

nem Spott unterminierte die Zeitung das Vorhaben des CDU-Kreisvorsitzenden Kurt Wansner, die Initiative durch einen Bürgerentscheid zu Fall zu bringen: Man begrüße das Volksbegehren und beglückwünsche die Partei dazu, nun basisdemokratische Wege einzuschlagen, Basisdemokratie gefalle der *taz*.⁷⁹ Und als kurz darauf die Telefonanlage der Kreisgeschäftsstelle unter den Anrufen zusammenbrach, kommentierten die Journalisten, die CDU sei im „Straßenkampf“ eben noch ungeübt.⁸⁰ Bereits am 16. Februar bekundete die Zeitung zudem, die Resonanz auf ihre Kampagne falle groß aus, während die CDU bislang nur 20 Unterschriften beisammen habe.⁸¹ Wie in einem Wettkampf verglich die Redaktion in den kommenden Wochen permanent die Zahlen miteinander und verstieg sich dabei bisweilen in eine pennälerhafte Häme.⁸² Dass sie vom *Tagesspiegel* mal als „Spaßredaktion“, mal als „Zeitung [...] der Wortspiele“ bezeichnet wurde,⁸³ hatte durchaus seine Berechtigung, zumal die *taz* ihre Unterstützer in die Irre führte. Denn ihre Unterschriftenlisten trugen ebenfalls den Titel „Bürgerbegehren“, was darüber hinwegtäuschte, dass die Sammlung der *taz* nicht formal angemeldet war und über keine rechtliche Verbindlichkeit verfügte; sie konnte allenfalls zur Diskussion anregen.⁸⁴ Was zählte, das waren die Listen der CDU. Und dort sammelten sich aller Polemik zum Trotz die Namen zahlreicher Bürger, sodass Mitte April – vier Monate vor Fristende – bereits 3.000 von 5.000 benötigten Unterschriften vorlagen. Zu Recht titelte die *taz*: „Au weia!“⁸⁵

Parallel verschärfte sich der Umgangston in den Medien. In der *Berliner Morgenpost* widmete der Berliner Spitzenkandidat der CDU, Friedbert Pflüger, dem Thema einen Gastbeitrag – um darin unmissverständlich hervorzuheben, dass Dutschke einst „dem RAF-Terror den Boden bereitet“ und ein „getrübtes Verhältnis zur Demokratie“ gehabt habe: „Unvergessen ist [sic!] seine erhobene Faust bei der Beerdigung des RAF-Mitglieds Holger Meins und seine Worte: ‚Holger, der Kampf geht weiter!‘“ In den Terroristen habe er „Genossen“ gesehen, die lediglich die falsche Taktik angewandt hätten.⁸⁶ Vonseiten der *taz* hingegen wurde von

Spiegel, SZ, Berliner Kurier, Berliner Zeitung, Neues Deutschland und Focus; vgl. *taz* vom 25.2.2006; SZ vom 17.2.2006, und SZ-Wochenende ROM3 vom 15.4.2006.

⁷⁹ Vgl. *taz* vom 15.2.2006: „Straßenkampf für Rudi Dutschke“ und vom 16.2.2006: „*taz* holt zwei Unterschriften am CDU-Stand“.

⁸⁰ Vgl. *taz* vom 18.2.2006: „Der Straßenkampf. CDU überlastet“, und *Berliner Morgenpost* vom 17.2.2006: „Dutschke-Straße. Bürgerbegehren mit großem Zulauf gestartet“.

⁸¹ Vgl. *taz* vom 16.2.2006: „Der Rudi war einer von hier“.

⁸² So schrieb die „*taz*“ knapp einen Monat nach Beginn des Bürgerbegehrens: „In der *taz*-Redaktion lief derweil gestern die 1.279. Unterschrift für die Dutschke-Straße ein. [...] Damit haben wir genau, äh ..., Moment ..., etwas über 25,5 Prozent, na ja, jedenfalls ein Viertel der nötigen 5.000 locker zusammen. Und du, CDU? Wohl Schiss in der Bux, was?! Hä, hä, na, wir werden ja sehen ...“; *taz* vom 15.3.2006: „Straßenkampf. CDU zeigt Nerven“.

⁸³ *Tagesspiegel* vom 17.8.2006: „Die Berliner Fleetstreet“ und vom 21.1.2007: „Das Koch-Duell“.

⁸⁴ Vgl. die Kritik von Michael Efler, Mitglied von „Mehr Demokratie e.V.“, im *taz*-Interview vom 17.2.2006 mit Ulrich Schulte: „Ein urdemokratischer Vorgang“.

⁸⁵ Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 21.4.2006: „3000 Unterschriften gegen Dutschke-Straße“, und *taz* vom 22.4.2006: „Der Straßenkampf. Au weia!“

⁸⁶ *Berliner Morgenpost* vom 16.2.2006: „Rudi Dutschke war kein Demokrat“.

nun an ausdrücklich betont, dass das Attentat auf Dutschke erst durch die Berichterstattung der *Bild* provoziert worden sei. Für die Demonstranten sei im April 1968 klar gewesen, dass im Grunde „Axel Springer mit seiner *Bild*-Zeitung geschossen“ habe.⁸⁷ Dutschke habe „von einem Bild-Leser drei Kugeln in den Kopf“ bekommen.⁸⁸ Dass man sich den Hass, der Dutschke in jenen Monaten entgegen-schlug, aktuell kaum noch vorstellen könne, hob die SZ hervor: Der Anschlag sei beileibe kein Zufall gewesen, er sei durch gewisse Medien genährt worden.⁸⁹ So hatte die *Bild* am 7. Februar 1968 zum Beispiel getitelt: „Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!“ und im entsprechenden Artikel die Leser aufgefordert, „nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern [zu] überlassen“.⁹⁰ Wenige Tage später wurde bei einer Gegenkundgebung zum Studentenprotest, zu welcher der Berliner Senat und die Springer-Blätter aufgerufen hatten, ein Berliner, der Dutschke ähnelte, von den aufgebrachten Teilnehmern beinahe totgeschlagen.⁹¹ Um nichts anderes als einen Aufruf zur Tat habe es sich gehandelt, und der sei befolgt worden.⁹²

Die Frontlinien zwischen Springer und der Studentenbewegung waren seit dem Tod Benno Ohnesorgs klar gezogen. Unter dem Einfluss der Frankfurter Schule – insbesondere der Medientheorien von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Hans Magnus Enzensberger, Jürgen Habermas und Herbert Marcuse – standen die Massenmedien seit Anfang der 1960er Jahre in Verdacht, Teil eines repressiven Apparats zu sein, mit dem systemkritische Stimmen gezielt unterdrückt werden sollten.⁹³ Eine aufklärende Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die dieser Manipulation entgegenwirke, wurde zum erklärten Ziel der APO. Einige Wochen nach der Zäsur des 2. Juni 1967 hatte Rudi Dutschke in einem *Spiegel*-Interview angekündigt, dass der nächste Schritt der APO darin bestehe, „direkte Aktionen gegen die Auslieferung von Springer-Zeitungen in Westberlin zu unternehmen“.⁹⁴ Bereits vor dem Attentat auf Dutschke betrieben Studenten unter dem Slogan „Enteignet Springer!“ eine Kampagne, die den Manipulationsvorwurf auf den mächtigen Verlagschef konzentrierte;⁹⁵ das Attentat ließ den Konflikt lediglich eskalieren.

In der Auseinandersetzung um die Dutschke-Straße brachen diese alten Fronten wieder auf. Man dürfe eben nicht dem Irrtum erliegen, so die SZ, dass „angesichts der vielfältig verflochtenen Probleme im Lande und in der weiten

⁸⁷ taz vom 11.4.2006: „Mit dem Taxi zu Rudi Dutschke“.

⁸⁸ Zit. nach taz vom 13.1.2007 (taz Spezial): „Rudi-Dutschke-Straße. Nein für Dutschke“.

⁸⁹ Vgl. SZ-Wochenende ROM3 vom 15.4.2006: „Im Straßenkampf“.

⁹⁰ Bild-Zeitung vom 7.2.1968: „Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!“

⁹¹ Vgl. Jung, Kampf, S. 238-240, und Karl, Rudi Dutschke, S. 208 f.

⁹² Vgl. SZ-Wochenende ROM3 vom 15.4.2006: „Im Straßenkampf“.

⁹³ Vgl. weiterführend Manuel Seitenbecher, Den deutschen „Cäsar“ bezwingen. Die 1960er und die Kampagne gegen Springer, Marburg 2008, S. 62 f., und Wolfgang Kraushaar, 1968 und Massenmedien, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 317-347, hier 321 f.

⁹⁴ „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“. Spiegel-Gespräch mit dem Berliner FU-Studenten Rudi Dutschke (SDS), in: Der Spiegel 29 (1967), 10.7.1967, S. 29-33, hier S. 31.

⁹⁵ Vgl. Kraushaar, Kleinkrieg gegen einen Großverleger, in: Ders. (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 1083-1088.

Welt [...] die alten Ideologien ausgedient“ hätten.⁹⁶ Sie existierten fort und führten im April 2006 dazu, dass Peter Unfried, stellvertretender Chefredakteur der *taz*, die Klage der Springer AG mit den Worten kommentierte: „Es ist erschütternd, dass Springer immer noch versucht, Rudi Dutschke einfach wegzuballern.“⁹⁷ Mit dieser Äußerung gab er implizit einem Bezirksabgeordneten der FDP recht, der im Oktober 2005 befürchtet hatte, dass die Schaffung einer Kreuzung Rudi-Dutschke- und Axel-Springer-Straße die angebliche Mitschuld Springers mehr oder minder unterstreiche.⁹⁸ Die geplante Platzierung der Rudi-Dutschke-Straße vor die Konzernzentrale schien direkt an die Anti-Springer-Kampagne der 1960er Jahre anzuschließen. Die belustigten Hinweise von Grünen und *taz*-Redakteuren, dass die künftige Rudi-Dutschke-Straße länger und breiter als die Axel-Springer-Straße sein und dieser gegenüber zudem Vorfahrt haben werde,⁹⁹ wiesen gleichfalls darauf hin, dass es nicht allein um die Ehrung des einstigen Studentenführers ging, sondern auch um Revanche.

Entschieden war die Angelegenheit aber noch nicht. Und als die Kreuzberger CDU am 21. August 2006 der Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer über 6.000 gültige Unterschriften übergab, klang der Spott der *taz*-Redaktion entsprechend hohl: Ein „Erfolgchen“ hätte die „Splitterpartei“ vorzuweisen, kommentierte man matt.¹⁰⁰ Doch dieses „Erfolgchen“ brachte es eben mit sich, dass nun alle Einwohner des Bezirks Kreuzberg-Friedrichshain an die Urnen gerufen wurden und das Ergebnis wieder offen war. 250.000 Euro würde der Bürgerentscheid kosten, schätzte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*: „Was der ‚taz‘ lieb ist, wird Berlin [...] teuer zu stehen kommen.“¹⁰¹

Eine stärkere Reaktion löste der Etappensieg der CDU bei der Linkspartei aus. Denn diese führte die Auseinandersetzung auf die Straße zurück, indem sie noch am selben Tag die Übergabe der Unterschriftenlisten durch eine symbolische Aktion in den Schatten zu stellen suchte: Um deutlich zu machen, dass man sich langfristig durchsetzen würde, überklebten Vertreter der Linkspartei im Beisein der Rathauschefin mehrere Straßenschilder der Kochstraße mit der Aufschrift „Rudi-Dutschke-Straße“.¹⁰² Während die *taz* dies als „Widerstandsform aus dem Katalog des Straßenaktivismus“ feierte,¹⁰³ empörte sich die *Berliner Morgenpost*,

⁹⁶ SZ vom 15.4.2006: „Im Straßenkampf“.

⁹⁷ SZ vom 10.4.2006: „Gericht entscheidet über Rudi-Dutschke-Straße“. Vgl. auch *taz* vom 6.5.2006: „Der Straßenkampf geht weiter“.

⁹⁸ BVV-Protokoll vom 25.10.2005, Drs. Nr. DS/1429/II, Kommentar von Christopher Paun (FDP).

⁹⁹ Vgl. Interview Christian Ströbele (Die Grünen) mit Plutonia Plarre in *taz* vom 13.5.2006: „Diesen Kampf müssen wir führen“, und *taz* vom 1.11.2006: „Dutschke ist jetzt Koch“.

¹⁰⁰ *taz* vom 22.9.2006: „Dutschke-Straße. Die Nachrichtenlage“. Vgl. auch Tagesspiegel vom 19.8.2006: „CDU sammelt Stimmen gegen Dutschke-Straße“.

¹⁰¹ FASZ vom 19.11.2006: „Zerzupfte Geschichte“. Die gleiche Summe meldete auch die „Berliner Morgenpost“ am 22.8.2006 mit Verweis auf eine amtliche Quelle der Stadt Berlin: „Unterschriften gegen Dutschke“.

¹⁰² Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 19.8.2006: „Dutschke-Straße. Gegner übergeben Unterschriften“, und vom 22.8.2006: „Unterschriften gegen Dutschke-Straße“.

¹⁰³ *taz* vom 22.8.2006: „Der Marsch in die Institution“.

dass es sich um einen widerrechtlichen Vorgang handle: Hier werde versucht, Fakten zu schaffen, während andere „den mühseligen Weg des Bürgerbegehrens beschreiten“.¹⁰⁴ Ärgerlicher noch wurde die Angelegenheit für die Gegner der Umbenennung, als Ende Oktober die jüngste Auflage des Falk-Stadtplans erschien – mitsamt dem Eintrag Rudi-Dutschke-Straße.¹⁰⁵ „Kochstraße heimlich umbenannt!“, titelte die *Bild* entrüstet,¹⁰⁶ und CDU-Bezirkschef Wansner kritisierte das Vorgehen des Falk-Verlags als „vorausseilenden Gehorsam“.¹⁰⁷

Mit dem sich anbahnenden Bürgerentscheid ging der „Straßenkampf“ zwischen *taz*, CDU und Springer AG in die nächste Runde. Da die Abstimmung für den 21. Januar 2007 angesetzt war,¹⁰⁸ meldeten sich insbesondere in den ersten Wochen des neuen Jahrs die Kontrahenten verstärkt zu Wort, um auf die 182.592 Wahlberechtigten des Bezirks Einfluss zu nehmen. Es kam zu einem regelrechten Schlagabtausch: Während Vertreter der Grünen in der *taz* hervorhoben, dass Dutschke die deutsche „Gesellschaft offener, toleranter und kritikfähiger“ gemacht habe, bezeichnete Wansner diese Darstellung in der *Berliner Morgenpost* als zu simpel und monierte: Dutschke stehe nicht einfach für Freiheit.¹⁰⁹ Verkündete die *taz*, es handle sich bei diesem Straßennamen nicht um eine „Sache der Anwohner, sondern der Gesellschaft“, da Dutschke für die Suche nach „alternativen, besseren, befriedigenderen, sozialeren Formen internationalen menschlichen Zusammenlebens“ stünde,¹¹⁰ inszenierte sich die Springerpresse im Gegenzug als Sprachrohr der protestierenden Anlieger, indem sie diese ausgiebig zu Wort kommen ließ.¹¹¹ Und wenn die *taz*-Redaktion darum bat, Berlin nicht mit einer Axel-Springer-Straße allein zu lassen, und im gleichen Federstrich hervorhob, dass der Attentäter *Bild*-Leser gewesen sei,¹¹² dann retournierte Unternehmenssprecherin

¹⁰⁴ Berliner Morgenpost vom 19.8.2006: „Dutschke-Straße“.

¹⁰⁵ Vgl. *taz* vom 1.11.2006: „Dutschke ist jetzt Koch“, und Tagesspiegel vom 2.11.2006: „Anwohner haben das letzte Wort“.

¹⁰⁶ Vgl. *Bild*-Zeitung vom 31.10.2006: „Kochstraße heimlich umbenannt! Peinliche Stadtplan-Panne“.

¹⁰⁷ Berliner Morgenpost vom 1.11.2006: „Neuer Falk-Stadtplan hat die Kochstraße schon umbenannt“.

¹⁰⁸ Vgl. *taz* vom 17.11.2006: „Der Straßenkampf. Auf zum Finale“.

¹⁰⁹ *taz* vom 6.1.2007: „Wahlkampf für Dutschke startet“. Vgl. auch Berliner Morgenpost vom 7.1.2007: „Kreuzberg vor dem Bürgerentscheid“.

¹¹⁰ *taz* vom 13.1.2007 (*taz* Spezial): „Rudi-Dutschke-Straße“.

¹¹¹ So berichtete etwa die Berliner Morgenpost: „Einige Anwohner wehren sich. ‚Die Umbenennung ist überflüssig‘, sagte ein Gewerbetreibender, ‚die auch noch mit Kosten verbunden ist.‘ Birgit Fiedler-Achraimer von der Physiotherapie Fiedler findet es ‚unmöglich‘, dass die *taz* daraus eine Kampagne machte. Ihre Praxis hätte dann die Adresse: Rudi-Dutschke-Straße 1. ‚Das möchte ich nicht.‘ Jost Hähnel, Sprecher der Bundesingenieurkammer an der Kochstraße 22: ‚Wir sind 1999 von Bonn nach Berlin gezogen, weil die Kochstraße für das renommierte Berliner Zeitungsviertel stand. Wenn wir das mit der Umbenennung gewusst hätten, wäre die Entscheidung sicher nicht so gefallen.‘“ Berliner Morgenpost, 19.1.2007: „Showdown im Zeitungsviertel“.

¹¹² Vgl. *taz* vom 13.1.2007 (*taz* Spezial): „Rudi-Dutschke-Straße“. Die Mitschuld der *Bild*-Zeitung wird des Öfteren von der *taz* hervorgehoben; vgl. *taz* vom 29.12.2007: „Schuld ist immer Springer“.

Edda Fels, dass die Springer AG die alten Kämpfe nicht fortzusetzen gedenke: „Uns interessieren die alten ideologischen Gefechte, die die ‚taz‘ hier führen will, überhaupt nicht.“¹¹³ Stattdessen räumte die *Berliner Morgenpost* Historikern Platz ein, um den Symbolgehalt der „Kochstraße“ herauszustellen, die wie die Londoner Fleet Street gemeinhin als Adresse und Heimat des traditionellen Zeitungsviertels gelte – eine Tradition, die übrigens nach der nationalsozialistischen Repression durch Axel Springer wiederbelebt worden sei. Nicht nur die Initiative „Historisches Zeitungsviertel“, sondern auch ein Schriftsteller wie Sten Nadolny sprachen sich vor diesem Hintergrund gegen die Umbenennung aus.¹¹⁴

Die letzten zwei Wochen vor dem Bürgerentscheid standen – laut *taz* – ganz „im Zeichen des Dutschke-Fiebers“, zumindest gaben sich die Befürworter jede Mühe, den Countdown entsprechend zu inszenieren: Am 11. Januar konnte im „ersten großen Rudi-Impro-Slam“ derjenige ein Wochenende in Luckenwalde, dem Geburtsort Dutschkes, gewinnen, der den „besten Rudi“ zu geben wusste. Drei Tage später fand eine „Rudi-Party mit Film“ statt, am 17. Januar lud das Kreuzberg-Museum zu einer Podiumsdiskussion ein und für den Tag der Entscheidung plante die *taz* eine Wahlparty im redaktionseigenen Café.¹¹⁵ Parallel warben Politiker der Grünen und der Linkspartei auf der Straße für die Umbenennung, unter ihnen Prominente wie Claudia Roth, Gregor Gysi, Christian Ströbele, Petra Pau und Marek Dutschke, jüngster Sohn des verstorbenen Studentenführers.¹¹⁶ Der im September neu gewählte Bezirksbürgermeister Franz Schulz veröffentlichte zudem eine Wahlaufforderung in der *taz*. Hier forderte der Grüne nicht nur Engagement ein, sondern warb unverblümt für die Rudi-Dutschke-Straße.¹¹⁷

Ein vergleichbares Aufgebot vermochte der CDU-Kreisvorsitzende nicht zu mobilisieren, auch wenn Wansner in den vorausgehenden Monaten durchaus Schützenhilfe von bekannten Berliner Christdemokraten wie Friedbert Pflüger und Frank Henkel erhalten hatte. Den Bürgerentscheid gab die Berliner CDU vermutlich schon vorab verloren, fand er doch im alternativsten Bezirk der Stadt statt. Den Wahlkampf bestritt der örtliche Kreisverband daher „fast im Alleingang“, allen voran: Kurt Wansner.¹¹⁸ Die *taz* ließ es sich nicht nehmen, den „gelernten Maurer“ abschließend in einer ironischen, aber auch respektvollen Würdigung zu porträtieren. Erschien Wansner dabei einerseits als älterer, schrulliger

¹¹³ Tagesspiegel-online vom 18.1.2007: „Bürger entscheiden über die Umbenennung“; www.tagesspiegel.de/berlin/rudi-dutschke-strasse-buerger-entscheiden-ueber-umbenennung/800300.html [24.3.2018].

¹¹⁴ Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 16.1.2007: „Kochstraße – Boulevard der Nachrichten“; *Berliner Morgenpost* vom 19.1.2007: „Showdown im Zeitungsviertel“; Tagesspiegel vom 17.8.2006: „Die Berliner Fleetstreet“, und Leserbrief von Sten Nadolny, in: *taz* vom 5.1.2005.

¹¹⁵ Vgl. *taz* vom 8.1.2007: „Agitieren wie Dutschke“; vom 13.1.2007: „Die Revolutionierung der Masse in drei Minuten“ und vom 19.1.2007: „Historische Figur von Rang“.

¹¹⁶ Vgl. *taz* vom 8.1.2007: „Rudi trotz dem Regen“; Tagesspiegel vom 19.1.2007: „Mit Dutschke gegen Dutschke“, und *taz* vom 20.1.2007: „Wählt Dutschke!“

¹¹⁷ Vgl. *taz* vom 20.1.2007: „Hier spricht der Bürgermeister. Die kleine Dialektik der Straßen“.

¹¹⁸ *Berliner Morgenpost* vom 22.1.2007: „König Kurt‘ geht von Bord“.

Provinzpolitiker,¹¹⁹ ließ sich andererseits nicht verheimlichen, dass er sich in die Besonderheiten des multikulturellen Kiez durchaus hineinzudenken verstand.¹²⁰ Und dass er sich mit dem Slogan „Der Kampf geht weiter“ während der Wahlkampfwochen ausgerechnet ein Dutschke-Zitat zu eigen machte, imponierte nicht nur der *taz*.¹²¹ Das alles änderte nichts daran, dass die CDU und ihr Kreisvorsitzender auf verlorenem Posten standen; gewonnen werden konnte dieser Bürgerentscheid kaum.

VI. Bürgerentscheid und Urteil: die Umbenennung der Koch- in Rudi-Dutschke-Straße

Am Abend des 21. Januar stand dann fest: Der Bürgerentscheid der CDU war gescheitert. 57,1 Prozent der Wähler sprachen sich dagegen aus, den Beschluss der BVV zu kippen; das heißt, die Entscheidung vom August 2005, einen Teil der Kochstraße umzubenennen, wurde durch die Befragung bestätigt. 30.695 der rund 183.000 Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben, was einer Beteiligung von 16,8 Prozent entsprach – gerade genug, um das erforderliche Quorum von 15 Prozent zu erfüllen; der Bürgerentscheid war gültig. Dass das Resultat die Stimmung im Bezirk exakt widerspiegelte, ist zu bezweifeln. Denn wer die Dutschke-Straße wollte, konnte auch zu Hause bleiben und darauf setzen, dass das notwendige Quorum nicht erreicht werden würde. Die Gegner hingegen dürften motivierter gewesen sein, an der Abstimmung teilzunehmen, bot diese doch die letzte Möglichkeit, die Umbenennung noch abzuwenden. Eindrucksvoll war die Ablehnung, die das Projekt im Kochstraßen-Viertel selbst erfuhr: 75,2 Prozent der Anwohner votierten für die Beibehaltung des alten Namens; das heißt, direkt vor Ort stieß die Aktion auf wenig Sympathie. Doch die Stimmen aus der Kochstraße stellten nur einen geringen Anteil am Gesamtvolumen dar. Aufgrund des Querschnitts des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, der hinsichtlich seiner Anwohnerzahl den Großstädten Hamm oder Saarbrücken entsprach, durften zahlreiche Berliner abstimmen, die auf der anderen Seite der Spree wohnten – teilweise bis zu sechs Kilometer entfernt.¹²² Folgt man der Unterscheidung der *taz*, überstimmte somit die Gesellschaft die Anwohnerschaft. Als deren Vertreter gab sich hingegen die Springer AG, deren Sprecherin bedauerte, dass sich die „Mehrheit

¹¹⁹ „Kurt Wansner ist im Machtgetriebe des eher unwichtigen Berliner Landesverbandes ein eher unwichtiges Rädchen, das manchmal etwas anders dreht als der Rest. Als ‚Mann der sinn- und zusammenhanglosen Rede‘ charakterisiert ihn ein Abgeordneter der Gegenseite. ‚Er kann in einem Satz ein Dilemma produzieren, das unauflösbar ist.‘“ *taz* vom 17.1.2007: „Das Sturgestein“.

¹²⁰ So sage Wansner auch Sätze, die „aus dem Munde eines Kiez-Sozialpädagogen kommen könnten. ‚Wir bieten den jungen Leuten ja keine Perspektive. Es ist doch klar, dass die türkischen oder arabischen Jungs frustriert sind.‘“ Ebenda.

¹²¹ Zit. nach ebenda. Vgl. auch Tagesspiegel vom 19.1.2007: „Mit Dutschke gegen Dutschke“.

¹²² Vgl. Tagesspiegel vom 22.1.2007: „Straße frei für Rudi Dutschke“; Berliner Morgenpost vom 22.1.2007: „Mehrheit für Rudi-Dutschke-Straße“, und *taz* vom 22.1.2007: „Bürger setzen Dutschke auf die Straße“.

nicht durchgesetzt“ habe – womit die Mehrheit in der Kochstraße gemeint war.¹²³ Wiederum war es die *Berliner Morgenpost*, die den Protest von Kiezbewohnern abdruckte; die *taz* hielt sich in dieser Hinsicht bedeckt.¹²⁴ Und da die Klage gegen den BVV-Beschluss noch lief, taten die Blätter des Springer-Konzerns gut daran, sich als Anwalt der Anlieger zu präsentieren, saß man doch im selben Boot.

Die Klage stellte fortan die letzte Hoffnung der Gegner dar. Seit April 2006 lief das Verfahren, ein Verhandlungstermin stand zum Zeitpunkt des Bürgerentscheids nicht fest. Doch der verantwortliche Anwalt gab sich zuversichtlich, dass die Anfechtung Erfolg haben würde.¹²⁵ Die 27 Kläger betrachteten den BVV-Beschluss als willkürlich und rechtswidrig. Inhaltlich diene die Umbenennung „nur der politischen Konfrontation gegenüber der Axel Springer AG“; der einzige Bezug Dutschkes zu der Straßenecke bestehe in der Blockade der Zeitungsauslieferung im April 1968, die „einen offenen Rechtsbruch dargestellt“ habe.¹²⁶ Formell sei außerdem die Vorschrift missachtet worden, derzufolge „Umbenennungen in zentraler Lage unter Vorbehalt eines Senatsbeschlusses stehen“.¹²⁷ Mit dieser Finte versuchte die Klärgemeinschaft, die Entscheidung in ein anderes Gremium zu verlagern – wie bereits einige Monate zuvor die CDU. Und obwohl im Senat eine rot-rote Mehrheit herrschte, handelte es sich keineswegs um ein hoffnungsloses Unterfangen. Denn die SPD trat in der Frage nicht geschlossen auf; selbst Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hatte sich bereits für den Erhalt der Kochstraße ausgesprochen.¹²⁸ Trotz Bürgerentscheid durfte das Bezirksamt die neuen Straßenschilder zunächst nicht anbringen; es galt, das Urteil des Verwaltungsgerichts abzuwarten. Einen Monat später hieß es, die Verhandlung werde im Mai stattfinden.¹²⁹

Dieser Termin sollte den Gegnern der Umbenennung eine weitere Niederlage bescheren: Am 9. Mai 2007 wies das Berliner Verwaltungsgericht die Klage als unbegründet zurück, die Grundrechte der Anlieger würden durch die Namensänderung nicht verletzt. Willkür hätte nur vorgelegen, wenn die Benennung als „zielgerichteter Angriff auf die Unternehmensintegrität der Axel Springer AG“ und als Billigung der Straftaten verstanden werden müsste, die im Frühjahr 1968 bei der Blockade der Auslieferung verübt worden seien; das sei aber nicht der Fall. Natürlich sei nicht von der Hand zu weisen, dass man den strittigen Straßenabschnitt absichtlich zur Ehrung Dutschkes ausgesucht habe, weil der Springer-Kon-

¹²³ *taz* vom 23.1.2007: „SO 36 steht hinter Dutschke“.

¹²⁴ Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 22.1.2007: „Mehrheit für Rudi-Dutschke-Straße“. Der „*taz*“ fiel es sichtlich schwerer, Befürworter der Umbenennung in der Kochstraße zu finden; vgl. vom 22.1.2007: „Geteilter Bezirk“.

¹²⁵ Vgl. *taz* vom 23.1.2007: „Springer hält weiter an Klage fest“.

¹²⁶ *Tagesspiegel* vom 9.5.2007: „Berlin. Koch gegen Dutschke“.

¹²⁷ *Berliner Morgenpost* vom 5.5.2007: „Gericht verhandelt über Dutschke-Straße“.

¹²⁸ Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 14.1.2006: „Bürgerbegehren gegen Dutschke-Straße im Februar“. Festgehalten werden muss an dieser Stelle aber auch, dass Klaus Wowereit erst öffentlich Position bezog, nachdem der Senat sich für nicht-zuständig erklärt hatte. Zuvor hatte er die Angelegenheit nicht kommentieren wollen; vgl. *taz* vom 31.8.2005: „Rudi Dutschke ist zurück auf der Straße“.

¹²⁹ Vgl. *taz* vom 24.2.2007: „Stichtag für Dutschke: 9. Mai“.

zern dort ansässig sei. Doch ein Bezug Dutschkes zum Zeitungsviertel ergebe sich nicht nur aus den Übergriffen des 11. April 1968, sondern generell aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die Berliner Presselandschaft während der 1960er Jahre, „als deren Antipoden Axel Springer und Rudi Dutschke angesehen werden können“. Der Bezirk ergreife folglich weder einseitig Partei, noch verletze er seine Neutralitätspflicht, wenn er Dutschke diesen Straßenabschnitt widme. Und auch Springers Persönlichkeitsrechte würden nicht beeinträchtigt, da die Axel Springer AG ihre Verlagsanschrift in der Axel-Springer-Straße behalte.¹³⁰

Sowohl in der Argumentation des Anwalts als auch im Urteilsspruch wurde deutlich, dass es sich zwar um eine Gemeinschaftsklage handelte, im Zentrum der gerichtlichen Auseinandersetzung aber der „Kläger Nr. 17“ stand: die Axel Springer AG. Für deren Position zeigte der Richter auch durchaus Verständnis. Die Namensänderung würde es mit sich bringen, dass die neu gebauten Passagen des Konzerns künftig über drei Eingänge von der Rudi-Dutschke-Straße aus betreten werden müssten. „Das wäre so“, kommentierte der Vorsitzende Richter, „als würde man den Platz vor dem Willy-Brandt-Haus, in dem die SPD-Zentrale logiert, in Franz-Josef-Strauß-Platz umbenennen“.¹³¹ An seinem Urteil änderte dies jedoch nichts.

Wenig überraschend zeigte sich der Konzern nicht bereit, das Urteil zu akzeptieren, sondern schöpfte sämtliche Rechtsmittel aus: Die Anwohnergemeinschaft ging in Berufung.¹³² Und auch als dieser Schritt vom Verwaltungsgericht zurückgewiesen wurde, resignierten die Kläger nicht, sondern wandten sich an die nächsthöhere Instanz, das Oberverwaltungsgericht; im Juli 2007 reichten sie dort Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung ein.¹³³ Bis ins Frühjahr 2008 verzögerte sich dadurch die Umbenennung der Kochstraße. Erst das Oberverwaltungsgericht setzte den Schlusspunkt unter die Angelegenheit, als es am 17. April 2008 den Antrag auf Zulassung des Berufungsverfahrens ablehnte. Nicht zu beanstanden sei die Umbenennung, hieß es unter anderem in der Pressemitteilung, weil diese die zeitgeschichtliche Situation nachzeichne, „auf die sowohl Dutschke als einer der Protagonisten der Studentenbewegung und als einer der Initiatoren der Kampagne ‚Enteignet Springer‘ als auch Springer mit seiner Presse Einfluss genommen hätten“. Das Aufeinandertreffen der ehemaligen „exponierten Kontrahenten im politischen Meinungskampf“ auf einer künftigen Kreuzung – Rudi-Dutschke- und Axel-Springer-Straße – „könne aus objektiver Sicht als Ausdruck

¹³⁰ Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 9.5.2007, Urteil der 1. Kammer vom 9.5.2007, VG 1 A 76.06; www.berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2007/pressemitteilung.423433.php [24.3.2018]. Vgl. auch Tagesspiegel vom 10.5.2007: „Richter weisen Klage gegen Rudi-Dutschke-Straße ab“, und taz vom 10.5.2007: „Dutschke auf der Siegerstraße“.

¹³¹ FASZ vom 27.5.2007: „Ehrwürdiger Dutschke“.

¹³² Vgl. taz vom 20.7.2007: „Springer lässt Dutschke nicht los“.

¹³³ Vgl. taz vom 29.12.2007: „Schuld ist immer Springer“.

der Meinungs- und Informationsfreiheit verstanden werden und lasse verschiedene, auch versöhnliche Deutungen zu“.¹³⁴

Versöhnlich deuteten die Entscheidung aber allenfalls die Dutschke-Anhänger.¹³⁵ Der Klägeranwalt bezeichnete das Urteil als „enttäuschend“ und kündigte an, eine Verfassungsbeschwerde zu prüfen. Geschäftsinhaber der Kochstraße machten sich Sorgen über die Kosten der Umbenennung.¹³⁶ Ein Vermögensverwalter ließ über dem Haupteingang seines Hauses, in dem Galerien untergebracht waren, in bronzenfarbenen Lettern den Schriftzug „Kochstr. 60 seit 1734“ befestigen.¹³⁷ Die Bundesingenieurkammer, die zur Gruppe der Kläger gehört hatte, verlegte ihre Postadresse kurzerhand vom Haupteingang des Gebäudes in den Seiteneingang, der sich in der Charlottenstraße befindet¹³⁸ – allein um den Namen Dutschke nicht im Briefkopf führen zu müssen. Die Kammer wolle ihren „41.000 Mitgliedern keine Geschäftspost mit diesem Straßennamen zumuten“, lautete die Begründung.¹³⁹ Und nicht nur die Bundesingenieurkammer dachte so; auch die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft zog Sophie Charlotte, die erste Königin von Preußen, dem Studentenführer Dutschke als Postanschrift vor und hängte ihren Briefkasten ebenfalls um.¹⁴⁰

VII. Fazit

Dass ein harmlos anmutendes Straßenschild bisweilen nur die Spitze eines Eisbergs darstellt, unter der sich eine komplexe Auseinandersetzung verbergen kann, ist durch die vorliegende Untersuchung deutlich geworden. Mehr noch als bei einer Erstbenennung geht es bei Umbenennungen um symbolischen Terraingewinn, um Deutungshoheit im kulturellen Gedächtnis einer Gesellschaft. Einige Kernpunkte der Darstellung sollen vor diesem Hintergrund noch einmal hervorgehoben, analysiert und eingeordnet werden:

Erstens fällt die Ambivalenz der geehrten Persönlichkeit auf. Rudi Dutschke war zum Zeitpunkt der Ehrung keineswegs unumstritten. Nicht nur Politiker, auch Wissenschaftler wiesen auf die Gewaltbereitschaft des jungen Studentenführers hin; die Kritik an seiner Person war keineswegs substanzlos. Dass nicht jeder Mann ihn für geeignet hielt, ist durchaus nachvollziehbar. Aufgrund seiner Ausführungen zur Stadtguerilla erschien er manchem wie ein Vordenker der RAF.

¹³⁴ Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.4.2008, Beschluss vom 17.4.2008, OVG 1 N 63.07; www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2008/pressemitteilung.422200.php [24.3.2018]. Vgl. auch taz vom 22.4.2008: „Ein schönes Symbol“.

¹³⁵ Vgl. taz vom 22.4.2008: „Ein Schlusspunkt von 1968. Ein Kommentar“ und vom 22.4.2008: „Ein schönes Symbol“.

¹³⁶ Tagesspiegel vom 22.4.2008: „Umbenennung. Sie treffen wieder aufeinander“.

¹³⁷ Vgl. taz vom 30.7.2008: „Koch an die Wand genagelt“, und Tagesspiegel vom 21.8.2008: „Schild-Bürgerstreich“.

¹³⁸ Vgl. taz vom 7.6.2008: „...die deutschen Ingenieure? Königin Sophie Charlotte statt Rudi Dutschke“, und Berliner Morgenpost vom 19.1.2007: „Showdown im Zeitungsquartier“.

¹³⁹ FASZ vom 27.5.2007: „Ehrwürdiger Dutschke“.

¹⁴⁰ Vgl. Tagesspiegel vom 21.8.2008: „Schild-Bürgerstreich“.

Zweitens erweiterte sich die Diskussion in diesem Kontext zu einer Stellvertreterdebatte um die historische Einordnung der 68er-Bewegung. Seitdem ehemalige Aktivisten in der Regierung saßen, stand sie verschärft in der Kritik und mit ihr die ehemalige Leitgestalt Rudi Dutschke. Umgekehrt erweckte die Umbenennung der Kochstraße den Eindruck, als wollten sich die 68er selbst ein Denkmal setzen – ein Vorhaben, das deren Gegner unmöglich akzeptieren konnten. Indem es den Befürwortern der Umbenennung letztlich gelang, Dutschkes Namen auf ein Straßenschild zu heben, leisteten sie der Erinnerung an 1968 in ihrem Sinne Vorschub. Dass Dutschke diese Ehrung zuteilwerden konnte, grenzte die 68er-Bewegung nicht nur von der RAF ab, sondern billigte ihr zudem eine positive Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Demokratie zu.

Drittens überrascht die Vehemenz der Auseinandersetzung. Einerseits ging die *taz* in ihren Angriffen so weit zu behaupten, dass der Springer-Konzern immer noch versuche, „Dutschke einfach wegzuballern“;¹⁴¹ alte, längst überwunden geglaubte Gräben taten sich wieder auf. Andererseits schlug die lokale CDU überraschende Haken, nur um den Straßennamen irgendwie zu verhindern: Plötzlich engagierten sich deren Vertreter für Geschlechterparität in der Straßenbenennung und starteten ein Bürgerbegehren, obwohl sie die Einführung dieses politischen Instruments kurz zuvor noch abgelehnt hatten. In diesem Punkt wird offensichtlich, dass Erinnerungspolitik in erster Linie Politik ist, mit all ihren Winkelzügen und Finessen. Die Einrichtung der Rudi-Dutschke-Straße darf daher keinesfalls zu dem Fehlschluss verleiten, dass die Historisierung von 1968 abgeschlossen sei.

Viertens drängt sich der Verdacht auf, dass es sich bei dieser Umbenennung um einen Sonderfall handelt, der nur in Berlin stattfinden konnte. War bereits die Ausgangslage – dass *taz* und Springer-Konzern die gleiche Straße teilten – ungewöhnlich, galt dies umso mehr für die Bevölkerungs- und Parteienstruktur des Bezirks Kreuzberg-Friedrichshain. Einen vergleichbaren Bezirk, in dem die PDS über die Mehrheit der Mandate verfügte, die Bürgermeisterin stellte und in dem die CDU als „lokale Splitterpartei“ verspottet werden konnte, gab es allenfalls in Ostdeutschland; dort aber hätte sich kaum jemand für Rudi Dutschke eingesetzt. Dass ausgerechnet die PDS, die in keiner Beziehung zu Dutschke oder der westdeutschen 68er-Bewegung stand, den Vorschlag der *taz* aufgriff und in die BVV einbrachte, zeugt davon, dass es in vielerlei Hinsicht um politische Machtspiele ging.

Fünftens verweist die Auseinandersetzung auf die engen Bande zwischen Geschichtspolitik und Zeitgeschichte.¹⁴² Im Wesentlichen wurde die Diskussion pro oder contra Rudi Dutschke geführt, im Zentrum stand stets die jüngste Vergangenheit. Fast niemand setzte sich hingegen für Johann Jacob Koch ein, der ab 1724 nicht nur stellvertretender Bürgermeister von Berlin gewesen war, sondern auch das Bauland zur Verfügung gestellt hatte, auf dem seit 1734 eine Straße sei-

¹⁴¹ SZ vom 10.4.2006: „Gericht entscheidet über Rudi-Dutschke-Straße“. Vgl. auch *taz* vom 6.5.2006: „Der Straßenkampf geht weiter“.

¹⁴² Vgl. SZ vom 20.1.2007: „Roter Teppich der Geschichte“.

nen Namen trug.¹⁴³ Ein Königlich-Preußischer Hofrat aus dem Zeitalter der Aufklärung fand zu Beginn des 21. Jahrhunderts kaum noch Fürsprecher.



¹⁴³ Vgl. taz vom 21.12.2004: „Zwei Kochstraßen sind eine zu viel“, und Berliner Morgenpost vom 16.1.2007 „Kochstraße – Boulevard der Nachrichten“. Dass – anders als zunächst beantragt – am Ende nur ein Abschnitt der Kochstraße umbenannt wurde, lag lediglich darin begründet, dass die Umbenennung der U-Bahnstation Kochstraße zu kostspielig geworden wäre; vgl. Tagesspiegel vom 23.12.2004: „Straßenkampf um Rudi Dutschke“; FASZ vom 2.1.2005: „Straßenschild ist machbar, Herr Nachbar!“, und Tagesspiegel vom 21.1.2007: „Das Koch-Duell“.